

# Der neue Tag

## Oberpfälzischer Kurier

32. Jahrgang / Nr. 123

Weiden, Dienstag, 31. Mai 1977

Einzelpreis 50 Pfennig

## Die Hoffnung wächst

### Molukker lenken ein: Nicht mit den Geiseln ausfliegen

Assen. (dpa) Die süd-molukkischen Terroristen haben ihre Forderung fallengelassen, ihre etwa 60 Geiseln mit ins Ausland zu nehmen, erklärte die Sprecherin des niederländischen Justizministeriums am Montag. Ein wesentliches Hindernis für ein Ende des Geiseldramas in Assen und Bovensmilde ist damit ausgeräumt, da Ministerpräsident Joop den Uyl ein Mitnehmen von Geiseln ins Ausland strikt abgelehnt hatte.

Die Molukker haben nach Angaben der Sprecherin zu erkennen gegeben, die Geiseln aus dem gekaperten Zug bei Assen und aus der besetzten Schule in Bovensmilde würden spätestens auf dem Amsterdamer Flughafen freigegeben. Die Terroristen haben zuletzt auch ihre Forderung, 21 verurteilte Süd-molukker aus Holland mitnehmen zu dürfen, nicht mehr erwähnt. Sie weigerten sich aber weiterhin, ihren Zielort zu nennen.

Die niederländische Regierung will aber den Terroristen nur dann ein Flugzeug stellen, wenn ihr Zielort festliegt. Sie will einer Flugzeugbesatzung aus Freiwilligen nicht zumuten, mit unbekanntem Ziel und ungewisser Landemöglichkeit zu starten.

Die Telefonverbindung zwischen den Geiseln in Bovensmilde und den Zupiranten bei Assen wird nach offiziellen Angaben

nicht wieder hergestellt. Die Verbindung ist durch eine technische Störung ausgefallen, erklärte die Sprecherin. Die Regierung lehne es wegen der damit verbundenen Risiken ab, zivile Postbeamte zur Reparatur in die Nähe der Terroristen zu schicken.

Die Sprecherin sagte, die Geiseln schienen entschlossener als die Terroristen, die vor 17 Monaten einen Zug gekapert, das Indonesische Konsulat in Amsterdam besetzt und drei Geiseln kaltblütig getötet hatten.

Unklar blieb am Montag, ob die Terroristengruppen untereinander Streit haben. Nach Angaben der Sprecherin haben nun die Terroristen in der Schule die Wiederherstellung der Telefonverbindung gefordert, die letzten Mittwoch eigens installiert worden war.

Der Gesundheitszustand der nach einer noch ungeklärten Viruserkrankung am Freitag freigegebenen Schulkinder berechnete nach Angaben der Behörden „zu gewissem Optimismus“. Von den 103 Kindern waren am Montag noch 17 im Krankenhaus.

Der Zustand einer Schwangeren und an einer Schilddrüsenerkrankung leidenden Frau unter den 56 Geiseln in dem gekaperten Zug hat sich zumindest nicht verschlechtert. Das wurde aus den relativ harmlosen Medikamenten geschlossen, die von einer Medizinstudentin im Zug für die Frau bestellt wurden.

Rund zweitausend Polizisten und Soldaten sind bei dem gekaperten Zug im Einsatz, auch um ein Näherkommen von Neugierigen zu verhindern. (Weiterer Bericht Seite drei)

### Sport-Telegramme

1. FC Köln wurde Pokalsieger  
1860 München enttäuschte  
Eva Wilms mit Weltrekord  
FC Schwandorf Vizemeister

### An bestimmten Punkten ändern

Stobbe über den Zustand der Berliner SPD  
Berlin. (dpa) Der neue Berliner Regierende Bürgermeister Dietrich Stobbe (SPD) hat es als eine seiner Aufgaben bezeichnet, die Berliner SPD „zur Geschlossenheit zu bringen“.

In einem Interview der „Berliner Morgenpost“ sagte Stobbe am Wochenende: „Die Berliner SPD weiß genau, daß sie sich an bestimmten Punkten ändern muß, wenn sie 1979 die Wahlen gewinnen will.“ Innerparteiliche Positionskämpfe dürften nicht vor dieses Ziel gesteckt werden. Stobbe bekannte sich dazu, daß beim SPD-Landesparteitag am nächsten Samstag der frühere Wissenschaftssenator Gerd Löffler die Nachfolge von Klaus Schütz als SPD-Landesvorsitzender antreten soll.

### Osswald soll ganz aufhören

Die Partei will Verzicht auf Landtagsmandat  
Frankfurt/Wiesbaden. (dpa) Der ehemalige hessische Ministerpräsident und frühere SPD-Landesvorsitzende Albert Osswald wird zunehmend von Parteifreunden jetzt bedrängt, auch noch sein Landtagsmandat vorzeitig niederzulegen. Das wurde am Wochenende aus zuverlässiger Quelle in Wiesbaden bekannt.

Nach diesen Informationen ist zwischen Osswalds Nachfolger als Regierungschef, Holger Börner, sowie dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt und dem SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr bereits mehrfach erörtert worden, wer Osswald den Wunsch einer Parteimehrheit nahebringen soll, daß er noch vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause im Juli gänzlich von der landespolitischen Bühne abtritt. Osswald ist dem Vernehmen nach zur Zeit in Urlaub.

### „Notfalls auch Einsatz“

Carter: US-Atomschirm schützt auch Südkorea  
Washington. (dpa) Der amerikanische Präsident Jimmy Carter hat unterstrichen, daß Südkorea nach dem Abzug der US-Bodentruppen „notfalls“ mit Atomwaffen gegen jede Aggression verteidigt wird.

Carter unterstrich in einem Interview, Südkorea sei in der Lage, sich — unterstützt durch die Luft- und Seestreitkräfte der USA — gegen jeden Angriff selbst zu verteidigen. Auf die Frage, ob die USA im Falle einer Invasion Südkoreas Atomwaffen einsetzen würden, sagte Carter: „In Regionen, wo Atomwaffen stationiert sind — ob im westlichen Pazifik, in Europa oder zur Verteidigung unseres eigenen Landes —, setzt diese Stationierung notfalls auch die Möglichkeit ihres Einsatzes voraus.“



VERZWEIFELT KÄMPFEN DIE FEUERWEHREN gegen das Großfeuer, das im „Beverly Hills Club“ von Southgate in Cincinnati ausbrach und zu einer der größten Brandkatastrophen der USA führte. In dem Palast, der 3500 Menschen Platz bot, kamen mindestens 161 Menschen ums Leben. (Ausführlicher Bericht auf Seite drei.)  
Funkbild: dpa/upi

## Skeptisch gegenüber Zugeständnissen

### Dritte Welt verlangt in Paris „entscheidende Fortschritte“ im Nord-Süd-Dialog

Paris. (dpa) Die Industriestaaten sind am Montag in Paris beim Auftakt der Ministerkonferenz, die den seit zwei Jahren geführten „Nord-Süd-Dialog“ abschließen soll, trotz einer Reihe von Zugeständnissen bei den Entwicklungsländern auf erhebliche Skeptis gestoßen. Der algerische Außenminister Abdelaziz Bouteflika, der seit Beginn des Dialogs als Verfechter einer „harten Linie“ auftrat, blockte gleich zu Beginn den Optimismus der „reichen“ Länder ab: „Wenn die Konferenz in den nächsten Tagen nicht entscheidende Fortschritte macht, werden die Ergebnisse außerordentlich begrenzt sein.“

Die von den Industriestaaten geforderten regelmäßigen Konsultationen über die Erdölversorgung, die eine relative Preisstabilität und Versorgungssicherheit bringen sollen, dürften — so Bouteflika — „unsere Freiheit nicht einengen“.

Die Vertreter der großen Verbraucherstaaten, vor allem US-Außenminister Cyrus Vance und sein britischer Kollege David Owen als Sprecher der Europäischen Gemeinschaft, legten gerade auf den Mechanismus für eine sichere Energieversorgung besonderen Wert: die Erdölkrise von 1973 war der eigentliche Auslösefaktor für die Pariser Konferenz gewesen.

Vance machte in seiner Grundsatzrede auch

das Verständnis der neuen amerikanischen Regierung für die Forderungen nach einer „neuen Weltwirtschaftsordnung“ deutlich. Im neuen ökonomischen System muß nach seiner Formulierung „Wachstum, aber vor allem Gerechtigkeit“ gewährleistet sein.

Die bis zuletzt auch untereinander noch nicht in allen Punkten einigen „reichen“ westlichen Industriestaaten, die in Paris durch acht Delegationen vertreten sind — die neun EG-Länder verhandeln als Gruppe —, konzentrierten ihr Verhandlungsangebot vor allem auf folgende Punkte:

Die „besondere Aktion“ von einer Milliarde Dollar (2,4 Milliarden Mark) für die besonders armen Länder,

eine prinzipielle Erklärung über „einen gemeinsamen Fonds“, mit dessen Hilfe die Exporterlöse der Entwicklungsländer stabilisiert werden sollen,

Verfahrensregelungen zur Linderung und Verhinderung der Überschuldung der dritten Welt,

die grundsätzliche Bereitschaft zu größeren Entwicklungshilfestrangungen.

Die Industriestaaten lehnen jedoch auch weiterhin grundsätzlich einen Schuldenerlaß für besonders finanzschwache Länder ab. Die Schuldenlast der dritten Welt gegenüber den Industrieländern hat nach Berechnungen der Weltbank inzwischen 200 Milliarden Dollar (480 Milliarden Mark) erreicht. Die Entwicklungsländer haben bereits klargemacht, daß sie mit allgemeinen Zugeständnissen aber nicht zufrieden sein könnten und konkrete Ergebnisse verlangen.

## Blutiger Wahlkampf

### Türkei: Explosion und Anschlag auf Ecevit

Istanbul/Ankara. (dpa) Der blutigste Wahlkampf in der Geschichte der türkischen Republik hat — acht Tage vor dem Wahlgang — erneut Menschenleben gefordert. Bei Bombenanschlägen auf dem internationalen Flughafen von Istanbul und dem europäischen Bahnhof von Istanbul sind am Wochenende mindestens fünf Menschen getötet und etwa 40 verletzt worden.

Oppositionsführer Bülent Ecevit („Republikanische Volkspartei“) entging am Sonntag in Izmir dem fünften Attentat seit Beginn des Wahlkampfes. Ein Begleiter wurde verletzt. Die Bombenanschläge sind nach Ansicht politischer Beobachter von rechtsgerichteten Terroristen verübt worden, die damit einen wahrscheinlichen Sieg der Linksparteien bei den Wahlen am kommenden Sonntag verhindern wollen. Insgesamt sind bei dem seit knapp zwei Monaten andauernden Wahlkampf bei Zwischenfällen mindestens zwölf Menschen umgekommen. Zunehmende politische Gewalttätigkeit forderte in den letzten 18 Monaten in der Türkei über 200 Menschenleben.

## Über siebzehn Millionen waren unterwegs

### Riesenansturm auf Ausflugsgebiete — Größtes Verkehrsaufkommen wieder in Bayern

Hamburg. (dpa) Bei strahlend blauem Himmel und Temperaturen um 25 Grad erlebten sonnenhungrige Bundesbürger ein Pfingstfest, wie sie es sich gewünscht hatten. Schätzungsweise 17,4 Millionen waren über Pfingsten unterwegs, wie Meinungsumfragen ergaben.

Fast ein Viertel davon machte Urlaub in den Nachbarländern. Die Ausflugsgebiete im Bundesgebiet registrierten einen Riesenansturm von Ausflüglern. In den Großstädten herrschte dagegen fast gähnende Leere.

Das größte Verkehrsaufkommen erlebte Bayern, wo über die Feiertage rund 10 000 Polizeibeamte eingesetzt waren, um dafür zu sorgen, daß der Straßenverkehr nicht völlig zusammenbrach. Verkehrsstauungen in Süddeutschland waren zeitweise bis zu 100 Kilometer lang.

Eine Verkehrsunfallbilanz war am Montagmorgen noch nicht zu ziehen. Die Polizei befürchtete allerdings, daß die Zahlen kaum unter denen des Vorjahres liegen. In Bayern und in Baden-Württemberg wurden bis Montag mittag, vor Beginn der Hauptrückreise, bereits jeweils 15 Verkehrstote gezählt. In Nordrhein-Westfalen gab es, den Pfingstmontag noch nicht mitgezählt, nach Angaben der Polizei 23 Verkehrstote. In Niedersachsen

wurde über Pfingsten die Feuerwehr durch einen großen Waldbrand aus der Feiertagsstimmung gerissen.

Eines der Hauptausflugsgebiete in Baden-Württemberg war der Hochschwarzwald, wo an den beiden Pfingsttagen ein Ausflugsverkehr herrschte wie seit 20 Jahren nicht mehr. Am ersten Pfingsttag wurden rund um den Titisee 20 000 Autos gezählt.

Der Bodensee war Pfingsten zum ersten Mal voll im Besitz der Wassersportler. Allerdings hatte die Polizei am Montagmorgen alle Hände voll zu tun, die Armada der Paddler und Motorbootfahrer vor aufziehendem Sturm zu warnen.

Obwohl Hunderttausende von Großstädtern in die Wälder und an die Seen strömten, konnten sich auch die Stuttgarter Bundesgartenschau und das „Blühende Barock in Ludwigsburg“ nicht über Besuchermangel beklagen. In den beiden neben der Insel Mainau schönsten Gärten des Landes blühen zur Zeit Millionen Frühlings- und Sommerblumen.

Zunehmende Bewölkung, stellenweise leichte Eintrübung und ein spürbarer Rückgang der noch am Samstag und Sonntag herrschenden sommerlichen Temperaturen führten am Montag zu einem frühzeitigen Ende der Pfingstausflüge auch in Niedersachsen und Bremen.